



Haushalts- und Finanzausschuss

77. Sitzung (nicht öffentlich)

23. September 1999

Düsseldorf - Haus des Landtags

11.00 Uhr bis 13.30 Uhr

Vorsitz: Volkmar Klein (CDU)

Stenograf: Franz-Josef-Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Nachtragshaushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1999 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1999 und zur Änderung anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 12/3972 und 12/4270

Vorlagen 12/2863, 12/2864, 12/2866, 12/2868, 12/2869 (Ergebnisvermerke der Berichterstattergespräche)

Vorlagen 12/2862, 12/2870, 12/2873 bis 12/2878, 12/2880 bis 12/2888 (Vorlagen der Fachausschüsse)

Vorlage 12/2824

Vorlagen 12/2925, 12/2926 (Änderungsanträge der Fraktionen)

Schlußberatung und Abstimmung zur 2. Lesung

1

Der Ausschuss berät über die **Änderungsanträge** und entscheidet darüber.

Der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses - Drucksache 12/4330 - mit den beigehefteten Berichten der Fachausschüsse enthält sämtliche zur 2. Lesung gefassten Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses, den Wortlaut der gestellten Anträge mit der jeweiligen Begründung, die Abstimmungsergebnisse sowie zum Teil die in der Sitzung abgegebenen Stellungnahmen. In diesem Protokoll ist nur eine Diskussion wiedergegeben, die über die Darlegung in der genannten Drucksache hinausgeht.

In der **Schlussabstimmung** wird der **Gesetzentwurf** - Drucksachen 12/3972 und 12/4270 - unter Berücksichtigung der Beratungsergebnisse der Fachausschüsse und der zuvor vom Haushalts- und Finanzausschuss beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU zur zweiten Lesung **angenommen**.

Berichterstatter: Volkmar Klein (CDU)

2 Über- und außerplanmäßige Ausgaben im 4. Quartal des Haushaltsjahres 1998 und genehmigte Überschreitungen mit Beträgen unter 50.000 DM im gesamten Haushaltsjahr 1998

Antrag des Finanzministeriums
Vorlage 12/2845

4

Nach Aussprache über verschiedene Positionen der Vorlage **empfiehlt** der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU, die mit Vorlage 12/2845 beantragte **Genehmigung zu erteilen**.

Berichterstatter: Erwin Siekmann (SPD)

3 Über- und außerplanmäßige Ausgaben im 1. Quartal des Haushaltsjahres 1999

Antrag des Finanzministeriums
Vorlage 12/2846

Der Ausschuss **empfiehlt** ohne Aussprache mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU, die mit Vorlage 12/2846 beantragte **Genehmigung zu erteilen.**

Berichterstatter: Rüdiger Sagel (GRÜNE)

4 Subventionen des Landes Nordrhein-Westfalen für ein Unternehmen der Kreditwirtschaft in Duisburg?

Bericht der Landesregierung

7

Der Ausschuss nimmt einen kurzen Bericht von Staatssekretär Bickenbach (MWM-TV) entgegen.

In der anschließenden Aussprache wird in Aussicht genommen, gemeinsam mit anderen, betroffenen Ausschüssen über die Grundsatzfrage zu diskutieren.

8

5 Instrumente zur Unternehmensfortführung bei Insolvenzgefahr aktivieren, um Arbeitsplätze zu erhalten

Antrag der Fraktion der SPD
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 12/4252

11

Der Ausschuss **empfiehlt** ohne Diskussion dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN bei einigen Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen aus der Fraktion der CDU, dem **Antrag zuzustimmen.**

6 Gesetz zur Änderung des Landesreisekostengesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 12/4224

12

Da voraussichtlich bis zum 25.11.1999 ein Erfahrungsbericht der Landesregierung über das neue Landesreisekostengesetz vorgelegt werden soll, stellt der Ausschuss seine Beratung bis dahin zurück.

7 Gesetz zur Änderung des Sportwettengesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/4076

12

Der Haushalts- und Finanzausschuss vereinbart, seine Beratung im Hinblick auf die vorgesehene Anhörung zurückzustellen. Er äußert einvernehmlich den Wunsch, an dieser Anhörung beteiligt zu werden, und legt zugleich Wert darauf, dass das Gesetz so schnell wie möglich verabschiedet wird.

8 Gemeinschaftsaufgabe nach Art. 91 a GG;

hier: Anmeldungen zum 29. Rahmenplan nach dem Hochschulbauförderungsgesetz

Vorlage 12/2730

13

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag ohne Diskussion einstimmig, die Vorlage zur **Kenntnis zu nehmen**, ohne Empfehlungen gegenüber der Landesregierung auszusprechen.

Berichterstatterin: Dr. Renate Düttmann-Braun (CDU)

9 Einrichtung einer Leerstelle im Einzelplan 11

Vorlage 12/2821

14

Nach kurzer Aussprache **erteilt** der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU seine **Einwilligung** in die Einrichtung der beantragten Leerstelle.

10 Verschiedenes

a) Presseberichte über Durchsuchungen bei der WestLB

15

Finanzminister Heinz Schleußer nimmt Stellung. Aus der CDU-Fraktion wird um ergänzende Berichterstattung in der nächsten Sitzung gebeten.

b) Rundfunkbericht über Schmiergeldzahlungen bei Waffengeschäften

16

Der Finanzminister beantwortet eine Frage der Abgeordneten Elke Talhorst (SPD).

Aus der Diskussion

- 1** Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Nachtragshaushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1999 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1999 und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 12/3972 und 12/4270

Vorlagen 12/2863, 12/2864, 12/2866, 12/2868, 12/2869 (Ergebnisvermerke der Berichterstattergespräche)

Vorlagen 12/2862, 12/2870, 12/2873 bis 12/2878, 12/2880 bis 12/2888 (Vorlagen der Fachausschüsse)

Vorlage 12/2824

Vorlagen 12/2925, 12/2926 (Änderungsanträge der Fraktionen)

Schlußberatung und Abstimmung zur 2. Lesung

Vorsitzender Volkmar Klein ruft die vorliegenden Änderungsanträge zur Beratung und Abstimmung auf.

Der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses - Drucksache 12/4330 - mit den beigehefteten Berichten der Fachausschüsse enthält sämtliche zur 2. Lesung gefassten Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses, den Wortlaut der gestellten Anträge mit der jeweiligen Begründung, die Abstimmungsergebnisse sowie zum Teil die in der Sitzung abgegebenen Stellungnahmen. In diesem Protokoll ist nur eine Diskussion wiedergegeben, die über die Darlegung in der genannten Drucksache hinausgeht.

Zu: Anträge Nummer 2 und Nummer 3 der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Aufstockung der Mittel im Kap. 10 410 - Staatliche Veterinäruntersuchungsämter

Johannes Rimmel (GRÜNE) erläutert, die Vorgänge um den Skandal "Dioxin in Futtermitteln" hätten deutlich gemacht, dass ein erheblicher Bedarf bestehe, mehr Verbraucherschutz zu gewährleisten. Die Landesregierung habe vorgesehen, im Jahr 2000 Aktivitäten zu

entfalten. Der Antrag der Regierungsfractionen diene dem Ziel, schon jetzt mit dem Mitteleinsatz beginnen zu können.

Peter Bensmann (CDU) möchte von der Landesregierung wissen, ob die Mittel für Geräte, Ausstattungsgegenstände usw. denn bereits jetzt benötigt würden, um die gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen.

Im Entwurf des Haushalts 2000 habe die Landesregierung für die Anschaffung von Geräten und die Beschäftigung von Aushilfskräften insgesamt 3 Millionen DM vorgesehen, antwortet **Regierungsdirektor Horn (MURL)**. Wenn die zusätzlichen Mittel bereits jetzt zur Verfügung gestellt würden, werde es für die Veterinäruntersuchungsämter sicherlich möglich sein, sie auch schon jetzt in Anspruch zu nehmen.

Winfried Schittges (CDU) wüsste gern, ob die Mittel des Jahres 1999 schon ausgeschöpft seien, sodass die Ansatzserhöhung gerechtfertigt erscheinen könnte. - Die Ist-Ausgaben des Jahres 1999 hat **RD Horn (MURL)** im Moment nicht vorliegen.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) macht ergänzend darauf aufmerksam, dass seine Fraktion vor Antragstellung mit der Umweltministerin über das Thema gesprochen habe. Dabei sei klar geworden, dass die aktuellen Skandale diese Maßnahme notwendig machten und dass es sinnvoll sei, zügig in die Arbeit einzusteigen und nicht damit noch ein paar Monate zu warten.

Peter Bensmann (CDU) zieht daraus den Schluss, dass ein Mitglied der Landesregierung, nämlich Ministerin Höhn, offenbar eine Fraktion über den Haushaltsvollzug informiert habe. Bislang habe der Finanzminister immer betont, dass der Vollzug Angelegenheit der Exekutive sei, und auf den Jahresabschluss verwiesen. Er vermute, dass Frau Höhn sich im Kabinett nicht haben durchsetzen können, dann die Fraktion der GRÜNEN darüber informiert habe, und jetzt werde von den Regierungsfractionen ein entsprechender Antrag gestellt. Er halte es für notwendig, dass alle Fraktionen gleichermaßen informiert würden; ansonsten könne man über den Antrag eigentlich nicht beraten.

Das sei an den Haaren herbeigezogen, erwidert **Johannes Rimmel (GRÜNE)**. Die Problematik sei erst aufgetaucht, als der Entwurf des Nachtragshaushalts schon vom Kabinett verabschiedet gewesen sei. Seine Fraktion habe sich dann mit dem Skandal beschäftigt. Die Ministerin habe darüber berichtet und auch deutlich gemacht, dass es nötig wäre, dem mit einem entsprechenden Programm zu begegnen. Die aus der Fraktion gestellte Frage, ob es nicht besser wäre, schon jetzt mit den Maßnahmen zu beginnen, habe die Ministerin bejaht. - Im Übrigen sei bereits im Plenum des Landtags ein entsprechender Antrag angekündigt worden. Er könne darin keinen irgendwie gearteten Verfahrensfehler entdecken.

Finanzminister Heinz Schleußer stellt fest, er bleibe bei seiner Position, dass der Haushaltsvollzug nicht mitgeteilt werden könne. Bei dieser in Nordrhein-Westfalen üblichen Verfahrensweise sollte es seines Erachtens bleiben. Er sei gern bereit, mit Ministerin Höhn darüber zu reden: Falls sie wirklich einer Fraktion detaillierte Ist-Ausgaben zur Verfügung gestellt haben sollte, würde er das nicht für gut halten.

Ernst-Martin Walsken (SPD) kann nur bedauern, dass die CDU-Fraktion die Bereitschaft von Ministern, in Fraktionssitzungen Auskünfte zu erteilen, nicht nutze. Die CDU-Fraktion sei gefordert, sich dazu zu äußern, ob auch sie der Meinung sei, dass bereits in diesem Jahr Mittel zur Verfügung gestellt werden sollten, um Lebensmitteluntersuchungen durchführen zu können, oder ob sie bis zum In-Kraft-Treten des Haushaltsplans 2000 damit warten wolle. Im Übrigen handele es sich hier um eine neue Aufgabe, die mit den bisherigen Haushaltsansätzen gar nicht finanziert werden könne.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) macht deutlich, der Nachtragshaushalt sei schon längst eingebracht gewesen, als der Dioxinskandal passiert sei. Vom Zeitablauf her wäre gar nichts anderes möglich gewesen, als eine parlamentarische Initiative zu starten.

Winfried Schittges (CDU) macht auf den Sachzusammenhang mit der Deckung aufmerksam und fragt, wo denn die globale Minderausgabe erwirtschaftet werden solle.

Peter Bensmann (CDU) kann die Frage, ob es notwendig sei, die Mittel schon jetzt zur Verfügung zu stellen, noch nicht entscheiden, zumal der Haushaltsreferent des Ministeriums nicht darauf vorbereitet sei, den Stand des Mittelabflusses und die noch in diesem Jahr zu finanzierenden Maßnahmen zu erläutern. Offenbar handele es sich um eine Einzelaktion, dass eine Fraktion detailliert informiert worden sei. Dies widerspreche dem im Ausschuss üblichen Verfahren. Er vermisse eine allen Mitgliedern des Haushalts- und Finanzausschusses vortragene sachgerechte Begründung.

Für **Helmut Diegel (CDU)** ist die Verfahrensweise ein Novum. Möglicherweise gebe es ja einen Dissens innerhalb der Landesregierung. Wenn es sich, wie Herr Walsken gesagt habe, um eine neue Aufgabe handele, müsste diese eigentlich an das Kabinett herangetragen worden sein. Deshalb möchte er vom Finanzminister erstens wissen, ob diese Angelegenheit im Kabinett behandelt worden sei. Zweitens interessiere ihn, wie der Finanzminister diese Aufgabe beurteile und ob er nicht gemeint habe, dass Ministerin Höhn eine Ergänzungsvorlage hätte vorbereiten sollen. Denn es sei ja wohl Brauch, dass der Finanzminister dem Landtag so etwas präsentiere.

Den Antrag der Regierungsfractionen finde er nicht ganz redlich und nicht konsequent, weil die Deckung über eine globale Minderausgabe erzielt werden solle. Er erinnere nur daran,

wie die Koalitionsfraktionen es kritisiert hätten, als die CDU-Fraktion die Möglichkeit einer globalen Minderausgabe auch nur angedacht habe.

Johannes Remmel (GRÜNE) stellt nochmals klar, es habe in seiner Fraktion eine intensive Diskussion um diese Angelegenheit gegeben. Es sei Wunsch der Fraktion der GRÜNEN und dann auch der SPD-Fraktion gewesen, mit dem Programm schon in diesem Jahr zu beginnen. Eine intensive Erkundigung habe ergeben, dass dafür in diesem Jahr keine Mittel bereitstünden, und deshalb sei der Antrag gestellt worden.

Finanzminister Heinz Schleußer entgegnet Herrn Diegel, er halte sich immer zurück, wenn das Parlament Anträge stelle und begründe. Die Angelegenheit sei im Kabinett behandelt worden, und dann sei es zu entsprechenden Ansätzen im Haushaltsentwurf 2000 gekommen. Anträge zum Nachtragshaushalt seien nicht gestellt worden, schon weil er allen Kolleginnen und Kollegen im Kabinett die Aussichtslosigkeit solcher Anträge generell klargemacht habe.

"Diese Aussage reicht uns", meint **Helmut Diegel (CDU)**. Die CDU-Fraktion nehme sie zur Grundlage, um ihr deutliches Nein zu dem Antrag zu begründen.

2 **Über- und außerplanmäßige Ausgaben im 4. Quartal des Haushaltsjahres 1998 und genehmigte Überschreitungen mit Beträgen unter 50.000 DM im gesamten Haushaltsjahr 1998**

Antrag des Finanzministeriums
Vorlage 12/2845

Angesichts des Umfangs der überplanmäßigen Ausgaben bei lfd. Nr. 4 - betreffend die Rückführung von Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen - fragt sich **Winfried Schittges (CDU)**, ob das nicht spätestens im 3. Quartal des Jahres 1998 absehbar gewesen sei. Er habe den Eindruck, dass hier bisweilen von vornherein mit überplanmäßigen Ausgaben gerechnet werde und die Zahlen bei der Haushaltsaufstellung negiert würden. Er bitte, die Überschreitung zu erläutern.

Regierungsamtsfrau Piskurek (Innenministerium) führt aus, der Rückkehrwille der Flüchtlinge hänge mit Kriegsereignissen zusammen und basiere auf persönlichen Beweggründen und persönlichen Entscheidungen, die man nicht voraussagen könne.